



Zivildienstler sehen sich durch sinkende Gesuchszahlen bestätigt

Die Gesuche um Zulassung zum Zivildienst sind im letzten Jahr deutlich zurückgegangen. Dies bestätige, dass die Politik das Problem steigender Gesuchszahlen dramatisiert habe, kritisieren die Betroffenen.

Von Simon Fischer

Bern. – Nachdem die Gewissensprüfung für die Zulassung zum Zivildienst abgeschafft worden war, stieg die Zahl der Gesuche um eine Befreiung vom Militärdienst explosionsartig. Waren es bis zu jenem Zeitpunkt rund 2000 Gesuche pro Jahr, stieg die Zahl allein zwischen Anfang April und Ende Dezember 2009 auf fast 6500. Bürgerliche Sicherheitspolitiker waren alarmiert, sahen die Bestände der Armee in Gefahr und forderten die Rückkehr zum alten System. Der Bundesrat beschloss deshalb Ende letzten Jahres eine Reihe von Massnahmen, um die Zulassungshürden zu erhöhen – und handelte sich damit die Kritik der Zivildienstverbände ein.

Mittlerweile sinken die Gesuchszahlen wieder, wie eine gestern vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) veröffentlichte Statistik zeigt. Im letzten Jahr stellten

im Zeitraum von April bis Dezember noch gut 5000 Militärdienstpflichtige ein Zivildienstgesuch, was einer Abnahme von mehr als 20 Prozent entspricht. Und man kann davon ausgehen, dass dieser Trend anhalten wird, wie Samuel Werenfels, Leiter des Bereichs Zivildienst im EVD, sagt. «Je nachdem, wie stark die Massnahmen des Bundesrats wirken, könnten die Zahlen dieses Jahr gar noch stärker sinken», so Werenfels.

«Bundesrat hätte warten müssen»

Die Zivildienstler sehen sich durch die jüngste Statistik in ihrer Kritik an den Massnahmen des Bundesrats bestätigt. «Er hätte noch mindestens ein weiteres Jahr warten müssen, um eine seriöse Auslegeordnung zur tatsächlichen Entwicklung machen zu können», sagt Nicolas Zogg, Präsident der Gemeinschaft Schweizer Zivildienstleistender (GSZ). Statt die grundsätzlichen Probleme mit der allgemeinen Wehrpflicht endlich anzugehen, lege man den Zivildienstleistenden nun Steine in den Weg. Das habe jedoch einzig den Effekt, dass junge Militärdienstpflichtige wieder vermehrt den «blauen Weg» wählen würden, also sich für untauglich erklären lassen. Für Zogg ist deshalb klar: «Die Entwicklung der Gesuchszahlen ist

von den Gegnern des Zivildienstes aus ideologischen Gründen stark dramatisiert worden.»

Das lässt der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter, einer der schärfsten Kritiker der Abschaffung der Gewissensprüfung, nicht gelten. «Auch wenn die Zahlen wieder sinken, sie sind immer noch massiv zu hoch», sagt er. Mittlerweile gebe es zwischen Militär- und Zivildienst faktisch eine Wahlfreiheit. «Und das steht im Widerspruch zur Verfassung, welche die allgemeine Wehrpflicht vorschreibt.» Der einzige Weg, um diesen Konflikt aus dem Weg zu räumen, sei die Wiedereinführung der Gewissensprüfung, so Hurter.

Protestaktion statt Streiktag

Vorerst werden aber die Massnahmen des Bundesrats umgesetzt. Ein erster Teil ist gestern in Kraft getreten. So erhalten Zivildienstler unter anderem nur noch gut die Hälfte der bisherigen Spesen-Entschädigungen. Die GSZ machte ihrem Ärger deshalb mit einer Protestaktion in Bern Luft – anstelle eines nationalen Streiktags der Zivildienstleistenden, wie er Ende letzten Jahres noch angekündigt worden war. «Denn ein Streik hätte vor allem die Einsatzbetriebe getroffen, und das wollten wir nicht», erklärt Zogg.



Die Südostschweiz Gesamtausgabe

02.02.2011

Auflage/ Seite 83205 / 18

Ausgaben 0 / J.

9051

8576672

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
Bote der Urschweiz	15'266
Sarganserländer	10'181
Die Südostschweiz Gaster und See	5'105
Die Südostschweiz Glarus	8'008
Die Südostschweiz Graubünden	35'633
Werdenberger & Obertoggenburger	9'012